

den USA geführten Bündnisses stützten – und ansonsten lediglich versuchten, die Argumente der Regierung zu widerlegen.

Für die DC waren hingegen weitere Identitätselemente wie „Italien als Teil der großen Mächte“ und „Italien als Teil des Westens“ von besonderer Bedeutung. Dies resultierte aus dem unbedingten Willen, nicht aus dem Kern der großen Mächte ausgeschlossen zu werden. Die Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges und die Resultate des Friedensvertrages von 1947 hatten in dieser Wahrnehmung dazu beigetragen, dass Italien sich aktiv für die Sicherung seines internationalen Ansehens und seines Einflusses in der internationalen Politik einsetzen musste. Da Italiens Wertesystem und das demokratische politische System dem der westlichen Staaten und der NATO-Mitglieder entsprachen, sah die Regierung den Beitritt zur Atlantischen Allianz als folgerichtig an. Das Identitätselement „Italien als christliches katholisches Land“ wurde lediglich auf Seiten der Befürworter erkennbar. Ihm kam kein großes Gewicht im Diskursverlauf zu, es war aber in der Argumentation der DC präsent.

Das Identitätselement „Italien als Teil Europas“ wurde vorwiegend auf der Seite der Beitrittsbefürworter genutzt und mit dem Element des friedliebenden Staates vermischt. Italien musste der NATO beitreten, um seinen Beitrag für eine Vereinigung Europas wahrzunehmen, die Sicherheit Europas zu gewährleisten und auch die Wohlfahrt der europäischen Länder zu ermöglichen.

Auch externe Faktoren beeinflussten die Argumentationen der Regierung: Nachdem sich die USA für die Mitgliedschaft Italiens in der NATO entschieden hatte und diese massiv unterstützte, fühlte sich Italiens Regierung den USA gegenüber verpflichtet. Die Wirtschaftshilfe der USA nach dem Zweiten Weltkrieg wurde im Diskursverlauf von der DC wiederholt als Argument angeführt.

Der innenpolitische Druck hatte ebenfalls Einfluss auf die Chronologie der Regierungsargumentation. Die 1948 neu verabschiedete christdemokratische Regierung sah sich durch die kommunistischen Strömungen in Italien gefährdet. De Gasperi und sein Kabinett erhofften sich durch die NATO-Mitgliedschaft und die dadurch deutlich werdende Zugehörigkeit zum Westen eine innenpolitische Stabilisierung.

Durch die breitgefächerte Argumentationsführung, den Rückgriff auf verschiedenste Identitätselemente und der geschickten Instrumentalisierung des Ost-West-Konflikts gelang es der DC, nicht zuletzt auch aufgrund ihrer Parlamentsmehrheit und der relativ autonomen Stellung der Exekutiven im italienischen institutionellen Gefüge, die Öffentlichkeit und die Abgeordnetenkammer in ihrem Sinne zu überzeugen und den NATO-Beitritt durchzusetzen.

B Der italienische Diskurs zum Zweiten Golfkrieg (1990/1991)

(Ilka Leisenheimer)

Einleitung

Der zweite Golfkrieg ist aus mehreren Gründen geeignet, Identitätselemente und Argumentationsmuster der italienischen außenpolitischen Debatte aufzuzeigen. Zum einen stellte er den vorläufigen Höhepunkt des langsam wachsenden Engagements Italiens im Laufe der 80er Jahre in *out-of-area* Missionen dar. Zum anderen stellte das Ende des Kalten Krieges und die Vertiefung der europäischen Integration Italien vor eine neue Situation, die sich in der Debatte um die Teilnahme Italiens am Golfkrieg widerspiegelte. Die Debatte im Golfkrieg wurde zur ersten wichtigen Etappe Italiens auf seiner „Suche nach einem neuen Selbstverständnis“ (Radbruch 1998: 13).

Die Literaturlage zur italienischen Außenpolitik im Allgemeinen und auch in deutscher Sprache ist eher bescheiden und konzentriert sich damit auf Standardbeiträge zur italienischen Außenpolitik, wie sie insbesondere europäischen Sammelbänden zu entnehmen sind. Für den Golfkrieg kommen spezielle Arbeiten hinzu, dabei sind insbesondere die Zusammenstellung der Debatte von Panebianco (1991) sowie die Einzelstudien von Guazzone (1992) und Stepp (2001) zu berücksichtigen.

Diskurskontext

Am 2. August 1990 besetzten die irakischen Truppen unter Saddam Hussein das Emirat Kuwait. Der Besitz Kuwaits hätte zur Folge gehabt, dass Saddam Hussein die wirtschaftliche und militärische Möglichkeit besessen hätte, seine Nachbarn, die den größten Teil der globalen Erdölreserven besitzen, unter Druck setzen und somit kontrollieren zu können (U.S. Policy Information and Texts 1990: 58). Der Diktator war auf dem Weg, sich enormen Einfluss auf die Ölproduktion zu sichern – eine Entwicklung, die zum ersten internationalen Konflikt nach Ende des Ost-West-Konfliktes führte (May 1991: 54).

Aufgrund der ausgehenden Gefahr riefen die USA den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen an; dieser forderte noch am selben Tag einstimmig unter Berufung auf Art. 39 und Art. 40 der UN-Charta einen sofortigen Rückzug der irakischen Truppen. Am 6.8.1990 beschloss der Sicherheitsrat ein Handels-, Finanz- und Militärembargo gegen den Irak.³⁶⁶ Weitere Resolutionen der UN waren erfolglos, und daraufhin wurde am 25.8.1990 vom Sicherheitsrat der Einsatz militärischer Mittel beschlossen, um das Embargo durchzusetzen zu

³⁶⁶ UN-Resolution Nr. 660. www.un.org/Docs/Scres/1990/scres90.htm [03.08.2000].

können (Kolleg und Politik 1999: 7f.). Es wurden weitere diplomatische Verhandlungen veranlasst, die jedoch ebenfalls scheiterten und eine weitere UN-Resolution am 29.11.1990 (Resolution 678/1990) zur Folge hatten. Bis zum 15.1.1991 sollten alle Soldaten aus Kuwait abziehen und der Irak den UN-Resolutionen Folge leisten. Als Saddam Hussein nicht reagierte, folgte die am 16.1.1991 begonnene Operation "Wüstensturm", die die Zerstörung der militärischen Stützpunkte des Iraks zum Ziel hatte.

Das am 15. Februar seitens des Iraks ausgesprochene Rückzugsangebot, das auf der UN-Resolution 660 basierte, wurde von Präsident Bush abgelehnt. Grund für die Ablehnung war die Bedingung Husseins, bei eventuellem Truppenrückzug aus Kuwait alle Sanktionen gegen den Irak einzustellen. Die Bodenoffensive der Alliierten begann am 24. Februar 1991; drei Tage später endete der Krieg mit der Niederlage Iraks, der Anerkennung der UN-Resolutionen seitens Husseins und der Befreiung Kuwaits (Borchert 1991: 319).

Das Verhalten Italiens im Golfkrieg

Der Krieg im Golf löste in Italien Spannungen zwischen den politischen Entscheidungsträgern und innerhalb der Gesellschaft aus. Durch die UN-Resolution waren alle Mitglieder der UNO aufgefordert, sich an der Umsetzung der Resolution zu beteiligen. Italien befand sich zu dieser Zeit jedoch in einer schwierigen innenpolitischen Umbruchsituation. Nach dem Zerfall der Sowjetunion und dem Ende des Ost-West-Gegensatzes verstärkten sich der italienische Parteientransformationsprozess, die bis dahin führenden Parteien der Christdemokraten (DC) und Kommunisten (PCI) verloren kontinuierlich an Stimmen.

Aufgrund der innerhalb der italienischen Gesellschaft und auch parteiinternen differenzierten Einstellungen gegenüber einer militärischen Teilnahme Italiens am Golfkrieg stand die Regierung und der damalige Ministerpräsident Andreotti unter enormem außen- wie innenpolitischem Druck. Zusätzlich hatte Italien in der zweiten Jahreshälfte 1990 die Präsidentschaft der EG inne. Diese Position verlieh Italien eine herausgehobene Stellung, bedeutete jedoch auch mehr Verantwortung (Ferrera 1990/91: 335).

Erst relativ spät, am 14. August 1990, nahm die Regierung erstmals öffentlich Stellung zur Golfkrise. Sie versicherte unter anderem eine Beteiligung der italienischen Marine an der Überwachung der Wirtschaftssanktionen und stellte den USA den NATO-Stützpunkt Signorella zur Verfügung (Stepp 2001: 77). Die USA forderten darüber hinaus einen finanziellen Beitrag von 160 Mio. Dollar im Monat, der jedoch aufgrund der italienischen Beteiligung am Militäreinsatz abgelehnt werden konnte (May 1991: 98). Italien beteiligte sich letztlich mit drei Kriegsschiffen, vier Versorgungsschiffen sowie 16 Kampfflugzeugen an der Operation „Wüstensturm“.

Obwohl die Regierung nicht gezwungen war, das Parlament zu befragen, legte sie den *out-of-area*-Einsatz dem Parlament vor. Insgesamt stimmte das italienische Parlament dann am 16. Januar 1991 mit 578 Stimmen für einen Militäreinsatz, der jedoch nur defensiven Charakter haben durfte (Ferraris 1996: 419f.). 297 stimmten dagegen und 16 enthielten sich der Stimme (Bonsati 1991: 99). Im Senat lautete das Abstimmungsergebnis 196 gegen 96 mit 4 Enthaltungen.

Im Oktober 1990 traten zwei konträre politische Linien innerhalb der westlichen Alliierten auf. Die eine Seite wurde durch Frankreich und die Sowjetunion repräsentiert, die mehr Zeit forderten, um den bisherigen Sanktionen die Möglichkeit der Wirksamkeit geben zu können. Auf der anderen Seite standen die USA, die von Großbritannien unterstützt wurden. Sie befürworteten eine schnellstmögliche Beendigung des Konfliktes – auch mit militärischen Mitteln (Guazzone 1992:77). Die italienische Regierung unterstützte offiziell die Position der Sowjetunion, was das Vertrauensverhältnis zu den westlichen Bündnispartnern jedoch stark belastete (Stepp 2001: 80). Bis zum letzten Moment betrieb die Regierung über ihre Kontakte zur PLO Vermittlungsversuche, um noch eine friedliche Lösung herbeizuführen.³⁶⁷ Im Kampfeinsatz selbst blamierten sich die italienischen Tornados sofort bei ihrem ersten Einsatz, was in den Medien entsprechend kommentiert wurde (Stepp 2001: 83).

Identitätselemente und Argumentationsmuster

Im Golfkriegsdiskurs gingen die Bruchlinien der Befürworter und Gegner eines italienischen Militäreinsatzes quer durch die Parteien, die Subkulturen und die Bevölkerung. Auf der Pro-Seite standen vor allem die Regierungsvertreter – wenn auch mit unterschiedlichen Argumenten – während die Opposition, die Katholische Kirche sowie die Mehrheit der Bevölkerung den Einsatz ablehnten.

The principle of non-exclusion: Italien als eine der Großmächte

Eine starke Diskursformation, die vor allem von der Regierung getragen wurde, basierte auf der Furcht des „Außen-vor-Bleibens“³⁶⁸: Italien dürfe einfach im Kreis der westlichen Mächte nicht fehlen. Die Regierung hob den internationalen Konsens hervor, wobei besonders die in gewisser Weise mit der EG-Präsidentschaft verbundene Verpflichtung von Außenminister De Michelis angedeutet wurde. Im Gegensatz zu Ministerpräsident Andreotti äußerte sich De Michelis von Beginn an viel konsequenter für eine Beteiligung Italiens an einem Militäreinsatz. Italien könne sich einen Rückzug nicht erlauben, wenn es doch

³⁶⁷ Andrea de Robilant: „Agli Usa il comando delle forze italiane“, in: La Stampa v. 17.1.1991.

³⁶⁸ Die Formulierung stammt von Bonvicini (1999).

eine europaweite gemeinsame Sicherheitspolitik anstrebe. Die „weltliche“ Subkultur³⁶⁹ unterstützte den Regierungsentscheid, militärische Maßnahmen zu ergreifen und befürwortete ein größeres militärisches Engagement seitens Italiens (Ferrera 1990/91: 341). Die weltlichen Parteien, wie PSI, PDSI, PLI und PRI, die zu dieser Zeit zusammen mit der DC die Regierung bildeten, befürworteten ebenfalls den militärischen Einsatz mit der Begründung, das internationale Image Italiens müsse gestärkt und die Fähigkeit zur aktiven Teilnahme bewiesen werden (Stepp 2001: 91).

Auch die politischen Eliten des Landes sprachen sich konsequent für den Militäreinsatz aus. Nicht nur, um Amerika treu zu bleiben und im internationalen Rahmen keine „*brutta figura*“ zu machen, sondern vor allem, um das internationale Image Italiens zu verbessern.

In dieser Diskursformation – beispielhaft vertreten durch den sozialistischen Außenminister De Michelis – scheinen zwei Identitätselemente auf: Italien als Teil des Westens, und Italien als etwas Besonderes im internationalen System. Letzteres wurde vor allem in der Argumentation von Verteidigungsminister Rognoni deutlich, der Italiens gestiegene internationale Bedeutung auch mit entsprechenden Beiträgen zu demonstrieren suchte (Stepp 2001: 87). Das Argument wurde von nationalistisch argumentierenden Diskursträgern gar gegen die Regierung gewendet, da sie eine noch stärkere Beteiligung Italiens forderten (Stepp 2001: 84).

Das friedliebende Italien

Ein weiterer Argumentationsstrang, der bei Befürwortern wie Gegnern auftauchte, war die Sorge um den Weltfrieden und zukünftige Konflikte. Eine zentrale Rolle in der Argumentation der Regierung hatte dabei die UNO, schließlich zeigte sie beim Beschluss der Sanktionen ein solidarisches Verhalten wie seit Anfang der 50er Jahre nicht mehr. Die Golfkrise belegte, dass es auch nach dem Ende des Kalten Kriegs Konflikte gab, die den Weltfrieden gefährden konnten. Somit musste die internationale Zusammenarbeit der neuen Weltordnung gestärkt und die Reaktionsfähigkeit der UNO verbessert werden

³⁶⁹ In Italien standen sich bis 1992 die DC und die PCI immer als politisch relevante Kräfte gegenüber. Die in den beiden Parteien vertretenen ideologisch konträren politischen Subkulturen – Katholizismus und Kommunismus – kennzeichneten jahrzehntelang die Unmöglichkeit einer politischen Zusammenarbeit. Ein Großteil der DC-Parteimitglieder gehörte beispielsweise auch katholischen Verbänden an, welche dann wiederum die Wahlkampagnen der Partei organisierten. Zu den Subkulturen gehören auch Gewerkschaften, wie die christdemokratisch orientierte CISL und die kommunistisch ausgerichtete CGIL. Die „*subcultura rossa*“ und die „*subcultura cattolica*“ nehmen massiven kulturellen und politischen Einfluss auf die Einstellungen der Bürger (Trautmann 1988: 120f.). Ungefähr 60% der Italiener gehören einer der beiden Subkulturen an, wobei auf jede circa 30% der Mitglieder entfallen. Die öffentliche Meinung hat in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen und die Parteien und Subkulturen reagieren darauf mehr als früher. Jedoch bleibt sie im Hinblick auf politische Meinungen noch polarisierter als die Parteien (Bellucci 1998: 158,186; Leisenheimer 2001).

(May 1991: 67). Die italienische Regierung wollte diesen Zusammenhalt der Staaten nicht blockieren.

Andreotti ließ das Parlament erst am 16. Januar 1991, als letzte der europäischen Volksvertretungen, über eine militärische Beteiligung Italiens im Zweiten Golfkrieg abstimmen. Er plädierte bis kurz vor der Parlamentsentscheidung offiziell für eine friedliche Lösung des Konfliktes ohne Beteiligung des Militärs. Somit wahrte er öffentlich und vor allem innerhalb Italiens den Anschein, gegen einen militärischen Einsatz zu stimmen. Um letztlich jedoch die Zustimmung des Parlaments zu erlangen, argumentierte die Regierung auf unterschiedlichen Ebenen. So stützte sich die Argumentation der Regierung darauf, den Einsatz als – von ihr sogenannte – „internationale Polizei“ zu legitimieren. Aufgrund des UN-Mandates musste Andreotti den militärischen Einsatz nicht als Krieg bezeichnen, sondern konnte ihn als „*polizia internazionale*“ der Öffentlichkeit erklären und somit der Kriegsangst der Bevölkerung begegnen: Die von Saddam Hussein ausgehende Gefahr legitimierte ein militärisches Eingreifen, um den Weltfrieden zu bewahren. Zusätzlich betonte der Ministerpräsident die moralische Verpflichtung der Italiener, den Frieden zu unterstützen. Diese Verpflichtung bezog er auf die Vergangenheit Italiens zur Zeit Mussolinis und des Zweiten Weltkrieges (Stepp 2001: 85f.).

In einer weiteren Argumentationslinie wurde – vor allem durch De Michelis – auf die exemplarische Bedeutung des Konflikts für die Lösung der Nord-Süd-Problematik hingewiesen. Italien könne durch seine aktive Teilnahme am Einsatz einen wichtigen Beitrag zur Konfliktprävention leisten (Stepp 2001: 88). Ergänzt wurde dieser Standpunkt auch durch einige bekannte pazifistische Intellektuelle, die in einem Militäreinsatz die einzige Möglichkeit sahen, dem Völkerrecht Geltung zu verschaffen (Stepp 2001: 93).

Dem hielten die Einsatzgegner der *Subcultura rossa* verfassungsrechtliche Bedenken entgegen. Die Regierung nutzte Art. 11 der Verfassung, um den Einsatz zu legitimieren, die Gegner interpretierten diesen Artikel jedoch anders und warfen der Regierung verfassungswidriges Handeln vor. Art. 11 untersagt dem Land den Einsatz von militärischen Operationen, mit der Ausnahme der nationalen Verteidigung (Guazzone 1992: 86).³⁷⁰ In der Parlamentsentscheidung konnte sich diese Argumentationslinie insofern weitgehend durchsetzen, da Italien nur defensiv an der internationalen Operation teilnehmen sollte. Die Kommunisten stellten sich gegen einen militärischen Einsatz und verurteilten das Verhalten der italienischen Regierung. Aus ihren Reihen wurden Vorwürfe laut,

³⁷⁰ www.governo.it [03.08.2001] „Italien verwirft den Krieg als Angriffsmittel auf die Freiheit anderer Völker und als Mittel zur Lösung internationaler Streitfragen; unter der Bedingung der Gleichstellung mit den anderen Staaten stimmt es den Souveränitätsbeschränkungen zu, die für ein Ordnung notwendig sind, welche den Frieden und die Gerechtigkeit unter den Nationen sichern soll es fördert und begünstigt die auf dieses Ziel ausgerichteten internationalen Organisationen.“ (von Beyme 1970: 134)

man hätte nur aus Loyalität zu den USA gehandelt. Diese Diskursformation blieb im Diskurs jedoch – mit Blick auf den einhelligen Standpunkt der UNO – schwach. Zum pazifistischen Lager der Gegner eines Einsatzes gehörten neben den Kommunisten auch große Teile der *subcultura cattolica*, die sich identitär jedoch anders verankerten, was im Folgenden gezeigt wird.

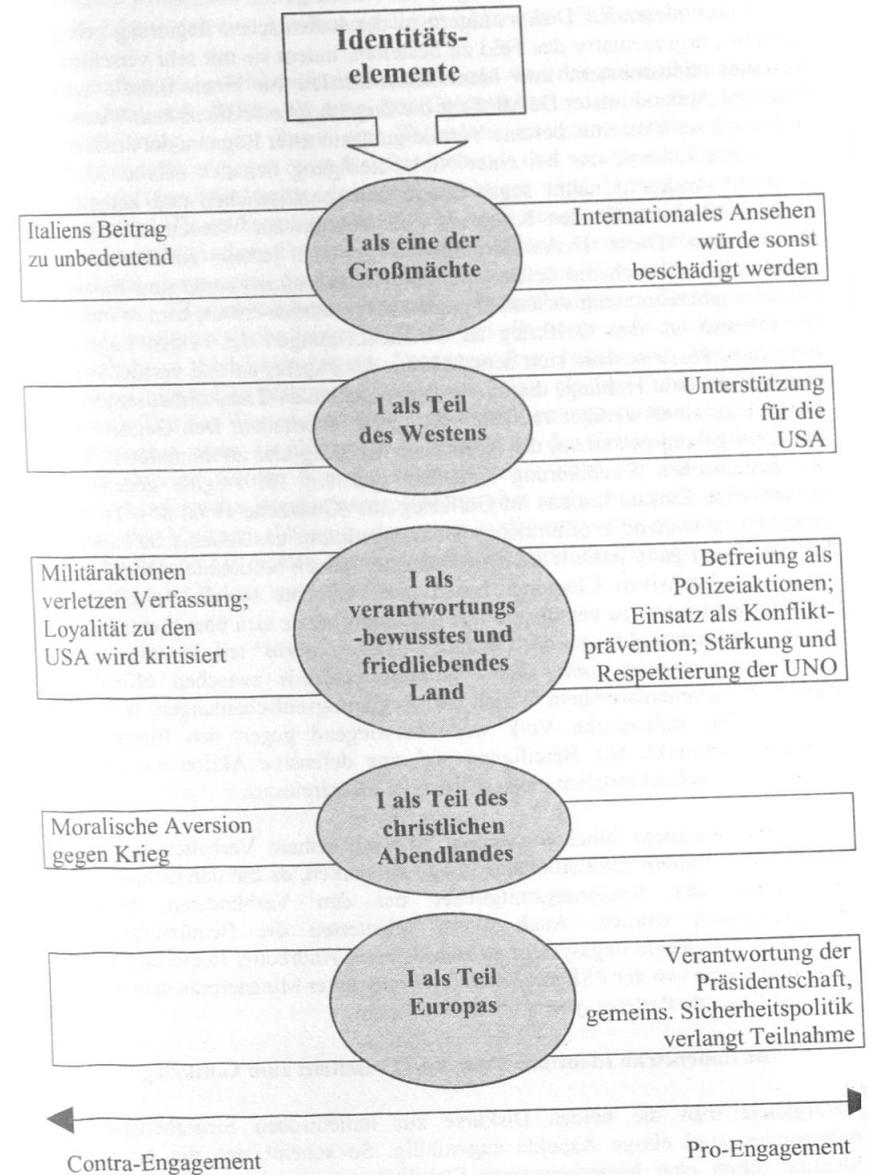
Das katholische Italien

Die *subcultura cattolica* oder *subcultura bianca* – die Katholiken – beriefen sich auf ihre moralische Abneigung gegen den Krieg. Deutlich wurde dabei das Identitätselement des Italiens als Teil des christlichen Abendlandes. Seit den 70er Jahren war die katholische Subkultur zwar immer mehr durch Säkularisierungsprozesse gekennzeichnet (Strenske 1993: 33). In der Golfkrise wurde die *subcultura bianca* jedoch wieder durch die zahlreichen Stellungnahmen des Papstes zu diesem Thema unterstützt. Papst Johannes Paul II. äußerte sich 55 Mal öffentlich zu dieser Thematik und plädierte für eine friedliche Lösung (Panebianco 1991: 199). Er unterstrich die moralische Abneigung des katholischen Bewusstseins gegen Krieg und gab der Säkularisierung Mitschuld an der Möglichkeit, militärische Mittel einzusetzen. Der Ausspruch „*La guerra è un' avventura senza ritorno*“ (Panebianco 1991: 199) wurde zur *catch phrase* für alle Gruppen, die gegen einen militärischen Einsatz waren (Guazzone 1992: 84).

Trotz der prägenden Subkulturen lassen sich die Gegner und Befürworter des Militäreinsatzes im Golf nicht exakt an den einzelnen Parteien oder Strömungen erkennen. Besonders auffällig war dies innerhalb der DC. In der Partei zeigten sich auf der einen Seite die Anhänger der *subcultura bianca*, die den Worten des Papstes folgten, auf der anderen Seite diejenigen, die der Politik der Alliierten und vor allem der US-Politik loyal gegenüber standen (Stepp 2001: 90). Die Befürworter innerhalb der Partei begründeten ihre Einstellung mit der Argumentation eines sogenannten „gerechten Krieges“ und dem Schlagwort der *policia internazionale*. Durch die innerparteiliche Spaltung geriet die DC in eine unvorbereitete Krise und die Regierung zunehmend unter Druck. Es wurde befürchtet, die notwendige Mehrheit für einen Parlamentsbeschluss nicht zu erreichen.

Der pazifistische Teil der DC wurde von der PCI und weiteren linksgerichteten Parteien unterstützt. Sie warfen der Regierung vor, sich nicht ausreichend um eine friedliche Konfliktlösung bemüht zu haben. Die parlamentarische Mehrheit der Regierungsparteien war aufgrund der Spaltung der DC nicht mehr gesichert, Opposition und Kirche hatten einen großen Teil der öffentlichen Meinung gegen einen Krieg mobilisiert.

Abb. 23: Der itainische Diskurs zum Zweiten Golfkrieg (1990/1991)



Diskurshegemonie

Den dominierenden Diskursträgern in der italienischen Regierung gelang es zunächst, argumentativ das Feld zu bestellen, indem sie mit sehr verschiedenen Argumentationsmustern und Identitätsmerkmalen für einen Einsatz warben. Während Außenminister De Michelis die Zugehörigkeit Italiens zum Westen und zu Europa stark machte, betonte Verteidigungsminister Rognoni die Stellung und das Image Italiens, das bei einer Nichtbeteiligung Schaden nähme. Ministerpräsident Andreotti nahm sogar Bezug zum pazifistischen und katholischen Italien und verkaufte den Krieg als Polizeiaktion zur Wiederherstellung des Weltfriedens. Diese Diskursformationen gerieten jedoch zunehmend unter Druck. Obwohl sich die beiden Subkulturen *subcultura rossa* und *subcultura cattolica* jahrzehntelang vehement gegenüberstanden hatten, kam es innerhalb der Debatte um den Golfkrieg zu Überschneidungen der beiden Lager. Die *subcultura rossa* schloss sich dem Leitsatz des Papstes an und versuchte durch eine konsensuale Haltung, die bereits einhergehenden Transformationsprozesse der PCI zu einer weniger radikalen Partei zu untermalen. Den Gegnern eines Einsatzes gelang es zudem, die öffentliche Meinung klar zu dominieren. 61,9% der italienischen Bevölkerung sprachen sich am 15. August gegen einen militärischen Einsatz Italiens im Golfkrieg aus (Guazzone 1992: 85). Trotz der deutlichen ablehnenden öffentlichen Meinung stimmte das italienische Parlament für eine Beteiligung Italiens am Militäreinsatz. Jedoch bestimmte es, der Einsatz dürfe nur defensiven Charakter haben und versuchte so, die verschiedenen Diskursformationen zu versöhnen. Die Regierung setzte sich über dieses Diktum hinweg und nahm aktiv an der Operation „Desert storm“ teil. In Italien wurde damit der *elite-mass split*, das Spannungsverhältnis zwischen öffentlicher Meinung, parlamentarischem Willen und Regierungsentscheidungen, besonders deutlich: Das italienische Volk war überwiegend gegen den Einsatz, das Parlament schränkte die Beteiligung auf eine defensive Aktion ein und die Regierung entschied letztlich einen offensiven Militäreinsatz.

In der Konsequenz blockierte Italien sich mit seinem Verhalten selbst: Es gelang nicht, Italiens internationales Image zu stärken, da die unterschiedlichen Äußerungen der Regierungsmitglieder bei den Verbündeten durchaus wahrgenommen wurden. Auch intern scheiterten die Bemühungen der Regierung, das Regierungssystem zu stabilisieren. Andreottis Regierung wurde 1992 durch eine von der PSI geführte Regierung unter Ministerpräsident Amato abgelöst: Das alte Parteiensystem brach zusammen.

Die italienische Identität: Vom NATO-Beitritt zum Golfkrieg

Vergleicht man die beiden Diskurse zur italienischen Sicherheitspolitik miteinander, sind einige Aspekte augenfällig. So scheint sich die nationale Identität durch eine bemerkenswerte Stabilität auszuzeichnen: Fünf der im NATO-Diskurs aktivierten Elemente finden sich auch im Golfkriegdiskurs

wieder. Lediglich das „Unabhängige Italien“ ist verschwunden, was auf einen permissiven Konsens in Bezug auf die damalige Beitrittsentscheidung hindeutet, schließlich hätte sich eine Aktivierung dieses Elementes 1990 angeboten.

Eine einflussreiche Diskursformation, getragen von der politischen Elite des Landes, baut auf ‚Italien als eine der Großmächte‘, stets besorgt um eine Marginalisierung, in der Regel eine Teilnahme an internationalen Einsätzen befürwortend. Ihr entgegen steht das ‚friedliebende und verantwortungsbewusste Italien‘, ein Identitätselement, das umso mächtiger wird, je mehr der Diskurs geöffnet wird. Diese Formation betont die verfassungsmäßige Zurückhaltung Italiens in militärischen Fragen und betont Italiens Verantwortung für den Weltfrieden, weswegen die Handlungsempfehlungen tendenziell auf eine militärische Zurückhaltung Italiens hinauslaufen. Diese beiden Diskursformationen symbolisieren zugleich den *elite-mass split* der italienischen Gesellschaft in Sicherheitsfragen. Demgegenüber haben die anderen drei Identitätselemente eine geringere Bedeutung. ‚Italien als Teil Europas‘ wie auch ‚Italien als Teil des Westens‘ scheinen nunmehr Elemente zu sein, die nur noch von Vertretern eines profilierten Auftretens an der Seite der Verbündeten sinnvoll aktiviert werden können. Dies gilt zwar auch für das ‚katholische Italien‘, dabei ist die Handlungsempfehlung aber nicht eindeutig und von der Position des Vatikans abhängig, der in einer diskursiven Auseinandersetzung zwischen den obigen beiden dominierenden Diskursformationen durchaus zum Zünglein an der Waage werden kann.

Literatur: Außenpolitische Identität und historische Diskurse Italiens

- Barié Ottavio (1988), *L'Alleanza occidentale: Nascita e sviluppi di un sistema di sicurezza collettivo*, Bologna: il Mulino.
- Bellucci, Paolo (1998), *Difesa, politica e società*, Mailand.
- Beyme, Klaus von (1970), *Das politische System Italiens*, Stuttgart.
- Bonsati, Sandra (1991), *Adesso l'Italia può combattere*, in: *La Repubblica* v. 17.01.1991.
- Bonvicini, Gianni (1999), *Italy and the relations between WEU and EU*, in: *Documenti IAI*.
- Borchert, Ulrike (1991), *Der Krieg zwischen Irak und Kuwait und die Zerstörung beider Länder durch den "Zweiten Golfkrieg"*, in: J. Siegelberg (Hrsg.), *Die Kriege 1985-1990. Analysen ihrer Ursachen*, Hamburg.
- Di Nolfo, Ennio (1986), *Le paure e le speranze degli italiani (1943 - 1953)*, Milano.
- Drago, Marco und Andrea Boroli (1997), *I giorni della storia d'Italia, dal risorgimento a oggi, cronaca quotidiana dal 1815, Novara*.
- Ferraris, Luigi Vittorio (Hrsg.) (1996), *Manuale della politica estera 1947-1993*, Rom-Bari.
- Ferrera, Maurizio (1990/91), *Italien*, in: Werner Weidenfeld und Wolfgang Wessels (Hrsg.), *Jahrbuch der Europäischen Integration*, Bonn, Europa Union Verlag, S. 335-342.
- Guazzone, Laura (1992), *Italy in the gulf crisis*, in: Nicole Gnesotto und John Roper (Hrsg.), *Western Europe and the Gulf*, Paris, S. 71-88.
- Kelle, Alexander (1997), *Italienische Sicherheitspolitik 1949-1988. Die Bearbeitung zentraler verteidigungs- und rüstungspolitischer Entscheidungssituationen durch gatekeeper und Exekutive*, Europäische Hochschulschriften: Reihe 31, Politikwissenschaft, Bd 321, Frankfurt am Main, Berlin und Bern.
- Leisenheimer, Ilka (2001), *Die außenpolitische Diskursstruktur Italiens*, PAFE-Papier zum Diskursprofil Italiens, http://www.uni-trier.de/uni/fb3/politik/forschung/pafe_pubs.php

- Liberti, Antonio und Luigi Cortesi (1989), *Il trauma della NATO. Il dibattito alla Camera sull'adesione dell'Italia al patto Atlantico*, Firenze.
- Magagnoli, Ralf (1999), *Italien und die Europäische Verteidigungsgemeinschaft. Zwischen europäischem Credo und nationaler Machtpolitik*, *Italien in Geschichte und Gegenwart*, Bd 12, Frankfurt am Main und Berlin.
- May, Bernhard (1991), *Die Kuwait-Krise und die Energiesicherheit des Westens*, in: *Arbeitspapiere zur Internationalen Politik* 63.
- Panebianco, M. (Hrsg.) (1991), *La crisi del Golfo*, Salerno.
- Pistone, Sergio (1991), *Italien und die westeuropäische Integration nach dem Zweiten Weltkrieg*, in: Wolf Gruner und Günter Trautmann (Hrsg.), *Italien in Geschichte und Gegenwart*, Hamburg: Krämer, S. 219 - 256.
- Quartararo, Rosaria (1986), *Italia e Stati Uniti. Gli anni difficili (1945 - 1952)*, Rom.
- Radbruch, Hans-Eberhard (1998), *Italien, Mitteleuropa und der Euro: Grundlagen und Perspektiven der italienischen Außenpolitik*, Baden-Baden, Nomos.
- Rainero, Romain H. (1988), *Militärische Integration und Neutralitätsbestrebungen in Italien in den Jahren 1947-1949*, in: Norbert Wiggershaus und Rolf Hellmut Foerster (Hrsg.), *Die westliche Sicherheitsgemeinschaft: 1948 - 1950. Gemeinsame Probleme und gegensätzliche Nationalinteressen in der Gründungsphase der Nordatlantischen Allianz*, Boppard a. Rhein, S. 145-154.
- Stepp, Ulrike (2001), *Kontinuität oder Wandel der italienischen Sicherheitspolitik am Beispiel von "out-of-area"-Einsätzen*, Magisterarbeit an der Universität Trier (unveröff.).
- Strenske, Bettina (1993), *Rundfunk und Parteien in Italien*, Hamburg.
- Trautmann, Günter (1988), *Stabilität durch Wandel. Die politische Kultur und das Parteiensystem Italiens*, in: Rupert Breitling und Wienand Gellner (Hrsg.), *Machiavellismus, Parteien und Wahlen, Medien und Politik, Politische Studien zum 65. Geburtstag v. Prof. Dr. E. Faul (Teil 3)*, Gerlingen.
- Varsori, Antonio (2000), *Italiens Außen - und Bündnispolitik 1949-1956*, in: Norbert Wiggershaus und Winfried Heinemann (Hrsg.): *Nationale Außen*

– und Bündnispolitik der NATO – Mitgliedstaaten, München: Oldenbourg, S. 239 – 253.

Vordemann, Christian (1994), Deutschland-Italien 1949-1961: die diplomatischen Beziehungen, (Italien in Geschichte und Gegenwart, Bd. 3), Frankfurt am Main, Berlin, Bern.

Woller, Hans (1988), Italien und die Großmächte 1943–1949, Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Bd 57, München: Oldenbourg.

7 Die Identität Frankreichs

Die erste große Debatte nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs betraf die Ratifizierung des Vertrags zur Gründung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft – ein europa- als auch sicherheitspolitisches Thema, da es um die Verteidigung Westeuropas und zugleich die deutsche Wiederaufrüstung ging. Der zweite historische Diskurs liegt fast vierzig Jahre später und betrifft die wichtigste Weichenstellung für die Zukunft der europäischen Integration in den 90er Jahren – das Referendum zu den Maastrichter Verträgen zur Gründung der Europäischen Union. Beide Ereignisse gelten als die herausragenden Beispiele für bewegende und heftige diskursive Auseinandersetzungen um den Kurs der französischen Außenpolitik.

A Der französische Diskurs zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (1952-54)

(Bernhard Stahl)

Einleitung

Im Folgenden wird die französische Debatte um die EVG zwischen 1950 und 1954 - vor allem aber zwischen 1952 und 1954 - näher betrachtet. Diese Debatte eignet sich aus mehreren Gründen gut für die beispielhafte Herausarbeitung von Identitätselementen und Argumentationsmustern der französischen Außenpolitik: Zum einen handelte es sich nach übereinstimmender Beurteilung der Beobachter um die wichtigste und heftigste politische Auseinandersetzung seit der Dreyfus-Affäre, die die politische Klasse ähnlich tief spaltete (Aron 1956: 9). Zum anderen weist die EVG-Debatte neben sicherheits- auch europapolitische Argumentationsmuster auf, da sie in Zusammenhang mit den vorangegangenen bzw. teilweise parallel verhandelten Europa-Organisationen (Europarat, EGKS) diskutiert wurde. Diesen Vorteilen steht als Nachteil gegenüber, dass die Debatte in der IV. Republik stattfand, mithin die Diskursstrukturen sich sehr von denen der V. Republik unterscheiden.

Die EVG ist sehr gut erforscht, liegen doch detaillierte, vor allem zeithistorische Studien in englischer, französischer wie deutscher Sprache vor (Aron und Lerner 1956; Fursdon 1980; Volkmann 1985). Der Fokus der Arbeiten liegt jedoch in der Regel auf Entscheidungabläufen (bspw. Noack 1977), außenpolitischen Zwängen (de Carmoy 1970; Grosser 1986; Tint 1972; Bozo 1997) oder den Umständen der Debatte im Kontext der innenpolitischen Krisen der IV. Republik (Pickles 1958; Siegfried 1959; Fauvet 1960). Argumentationsmuster und Identitätselemente müssen folglich aus den Studien zielgerichtet herausgearbeitet werden. Nachdem zunächst der spezifische Diskurskontext